

Pressemitteilung

Datum 22. März 2024

Gemeinsame Stellungnahme der Diakonie Deutschland und der Evangelischen Frauen in Deutschland zum Selbstbestimmungsgesetz in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG)

Hannover, 22. März 2024 – Die Evangelischen Frauen in Deutschland und die Diakonie Deutschland sind sich einig: Die Bemühungen der Bundesregierung zur Reform des Selbstbestimmungsgesetzes in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) sind ein wichtiger Schritt, um die Rechte von trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen zu stärken und Diskriminierung abzubauen.

„Dabei ist es wichtig, dass wir diejenigen Reformen unterstützen, die zur Abschaffung des Transsexuellengesetzes beitragen und tatsächliche Verbesserungen für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen vorantreiben“, betonten die Verbände in ihrer ausführlichen Stellungnahme.

Bereits in ihren 2022 und 2023 veröffentlichten Publikationen haben die Evangelischen Frauen die Forderung nach einem menschenrechtsbasierten und gerechten Zugang zu geschlechtlichen Identitäten und den daraus folgenden rechtlichen Konsequenzen betont. Diakonie Deutschland und die Evangelischen Frauen haben die Erwartung, dass alle Änderungen am SBGG eine wohlwollende und würdevolle Regelung zum Ziel haben müssen, die die Selbstbestimmung aller Personengruppen gewährleistet, deren Geschlechtsidentität nicht mit den traditionellen binären Geschlechterkategorien übereinstimmt.

Trotz dieser grundsätzlichen Unterstützung sehen die Verbände noch erheblichen Änderungsbedarf im aktuellen Gesetzentwurf zum SBGG. Sie fordern ausdrücklich, dass die für demokratische Teilhabe und Transparenz wichtige Expertise der Selbstvertretungsverbände wie BVT*, dgti und IM e. V. stärker als bisher einfließen müssen. Dazu Angelika Weigt-Blätgen, Vorsitzende des Präsidiums der Evangelischen Frauen in Deutschland: „Mangelnde Teilhabe und Transparenz, zusammen mit dem von Misstrauen gegenüber trans-, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen geprägten Regierungsentwurf, kann nicht Grundlage eines rechtsstaatlichen Gesetzes sein. Der Schutz vor Diskriminierung ist demokratische Aufgabe, die wir von allen demokratischen und liberalen Parteien des Deutschen Bundestags erwarten.“

Beide Verbände bringen in den Gesetzgebungsprozess ihr Anliegen ein, dass jedes Gesetz Rechtssicherheit für die betroffenen Personen schafft und die individuellen Freiheiten schützt.

[zur Stellungnahme](#)

Rückfragehinweis

Evangelische Frauen in Deutschland e. V.
Angelika Weigt-Blätgen (Vorsitzende)
Susanne Kahl-Passoth (stv. Vorsitzende)
Berliner Allee 9-11
30175 Hannover
Tel.: 0511 – 89 768 100
Email: info@evangelischefrauen-deutschland.de
www.evangelischefrauen-deutschland.de

Hintergrund

Der Verband Evangelische Frauen in Deutschland e. V. (EFiD) mit Sitz in Hannover ist als Dachverband die Stimme evangelischer Frauen in Kirche und Gesellschaft. Die EFiD fördert und unterstützt die Arbeit von und mit Frauen in kirchlichen Bezügen und ermutigt Frauen, in der heutigen Welt als Christinnen zu leben. Mit frauenspezifischer Kompetenz und Sicht setzt der Verband theologische, spirituelle, sozialdiakonische und politische Impulse. Zur EFiD gehören 37 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 3 Millionen Mitgliedern.

Angelika Weigt-Blätgen ist Vorsitzende der Evangelischen Frauen in Deutschland e. V. (EFiD). Die ehemalige Leitende Pfarrerin der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen war Vorsitzende der Evangelischen Konferenz Diakonie und Entwicklung des EWDE.

Susanne Kahl-Passoth ist stellvertretende Vorsitzende der Evangelischen Frauen in Deutschland e. V. (EFiD). Die Theologin i.R. war elf Jahre Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg schlesische Oberlausitz (2002-2013) und ist Sonderbeauftragte des Deutschen Frauenrats für das Thema „Prostitution“.